

Juli 2005

pro + kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Diskussion über Multifunktionsfelder im Stadtrat:

DKP machte ihre Bedenken geltend

In der Ratssitzung vom 8. Juni lieferte die CDU wieder ein Paradebeispiel für ihre schon seit langem betriebene Känguruh-Politik (leerer Beutel, aber große Sprünge machen wollen). Prompt kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, bei denen die DKP auf ihrer kritischen Position beharrte.

Relativ neu auf dem Markt ist das Angebot der finnischen Firma „Aaba Homegrounds Ltd“, die über eine deutsche Vertretung so genannte „Multifunktionsfelder“ vertreibt. Das sind eine Art Mini-Sportplätze (Größe 21 x 12 m), die sich für Handball, Fußball, Volleyball, Basketball, Badminton und andere sportliche Betätigungen eignen.

Drei solcher Felder will die Stadt anschaffen. Dabei geht es um die städtische Investition von insgesamt 155.000 Euro. Vom Land, das bis zur Halskrause verschuldet ist, soll zwar ein Zuschuss von rd. 100.000 € kommen, dennoch bleiben an der Stadt 53.000 € hängen. Etwa 80 Prozent davon sollen über Sponsoren und Eigenleistungen des Bauhofes aufgebracht werden. Selbst die Restkosten von 10.400 € sind kein

Pappenstiel, wenn man bedenkt, dass der Stadtsäckel faktisch leer ist. In einer Zeit, wo das städtische Defizit über 24 Millionen Euro erreicht, gilt es dreimal zu überlegen, ob man sich solche Anlagen leisten kann. Die DKP sagt: Man kann und soll!

Ausdrücklich betonte unsere Fraktion, dass sie grundsätzlich keine Bedenken gegen die Einrichtung der Multifunktionsfelder habe, denn zu den Prinzipien unserer Partei gehöre es, ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche zu richten und stets das Beste für die jungen Menschen zu tun. Fraktionsvorsitzender Hertel erklärte aber auch, es gäbe noch etliche offene Fragen (u.a. Bonität der Lieferfirma, Gewährleistung, Folgekosten, Zuschüsse, Einsatz Sozialarbeiter), welche die

Verleumdungen als neue Form des Umgangs miteinander?

CDU auf Kriegsfuß mit der Wahrheit

In der letzten Stadtratssitzung war kein Pressevertreter anwesend. Trotzdem erschien etliche Tage später eine Pressemeldung, wonach die Stadt drei Multifunktionsfelder anschaffen will. *Saarbrücker Zeitung, Öffentlicher Anzeiger und Wochenspiegel Köllertal* berichteten unisono, dieser Beschluss sei „gegen die DKP und die FDP“ durchgesetzt worden, welche „mit unsachlichen Argumenten einheitlich gegen die Anlagen“ argumentiert hätten.

Offensichtlich geht diese Falschmeldung auf eine Pressemittelung der CDU zurück, die wohl glaubt, der DKP eins auswischen zu können. Dass dabei die Wahrheit auf der Strecke bleibt, ist nicht nur schlimm, weil das ein bezeichnendes Licht auf die Unionspartei wirft, es

ist auch dumm, so mit der DKP umgehen zu wollen.

Wahr ist, dass die DKP solche Funktionsfelder grundsätzlich bejaht, aber sich wegen etlicher offener Fragen der Stimme enthalten hat. Wer daraus ein Nein gegen diese Anlagen konstruiert, ist entweder bösartig oder verlogen, oder beides zusammen. Es ist auch kein Zeichen geistiger Stärke, die von der DKP aufgeworfene Frage nach der Bonität der Lieferfirma als ein „unsachliches“ Argument abtun zu wollen. Im Übrigen sollten die Vernünftigen in der CDU schnellstens die Notbremse ziehen, damit Lügen und Verleumdungen nicht wieder zum neuen (und schon einmal gehabt) Umgangsstil im Stadtrat miteinander werden.



Leckerer, selbst gebackener Kuchen wurde am 21. Mai beim Früh-Links-Fest der DKP gerne nachgefragt. Auch die traditionelle Tombola fand regen Zuspruch. Wie Sie auf Seite 3 lesen können, war die Veranstaltung an der Fischerhütte trotz witterungsbedingten Problemen ein Erfolg.

DKP gerne beantwortet hätte, bevor sie ihre Entscheidung trifft. Leider blieb Etliches immer noch sehr vage und die DKP-Fraktion entschied, sich der Stimme zu enthalten.

Davon wollte die CDU nichts wissen, obwohl es die Kopfnickerfraktion überhaupt nichts angeht, wie sich andere Parteien bei der Abstimmung verhalten. Offensichtlich sehen sich aber einige Leute der Union vom lieben Gott dazu berufen, über Richtig oder Falsch zu urteilen und dementsprechend die Unbotmäßigen anzugiften.

Scharf wies der DKP-Sprecher auch den Vorwurf zurück, die DKP mache immer nur Vorschläge, wenn es aber auf konkrete Unterstützung ankomme, würden wir passen. Hertel verbat sich Belehrungen von einer Partei, die sich schon seit Jahrzehnten skrupellos über Meinungen und Vorschläge der Opposition im Stadtrat hinwegsetzt.

Ein Beispiel: Die DKP hatte in der Sitzung vom 27. April beantragt, die Ortsbesichtigung einer bereits in Betrieb befindlichen Anlage vorzunehmen, um dem Stadtrat die Entscheidung zu erleichtern. **Sieben Wochen** danach erklärte die Verwaltung unter Kopfnicken der CDU, dass dafür die Zeit, die ihr zur Verfügung stand, zu kurz gewesen sei. Tja, es war eben kein Antrag der Unionsfraktion!

Auf Seite 2 im Blickpunkt:
Bundestagswahlen im Herbst

Bundestagswahlen:

Hoffnung auf eine linke Alternative

Wahlniederlage von Schröder und Müntefering in Nordrhein-Westfalen. Fast alle Länderparlamente an die CDU verloren, rund 40 Prozent der Wählerschaft von 1998 ins Abseits getrieben, ein Viertel der Mitglieder verloren. Eine erschreckende Bilanz für die SPD. Dennoch will Kanzler Schröder weitermachen wie gehabt, mit einem neuen Bundestag, weil er den bisherigen vorzeitig in die Wüste schickt.

Doch da gibt es das bundesweite Bemühen, der Politik von Agenda 2010 und Hartz IV eine Wahlalternative entgegen zu stellen, die vor allem von WASG und PDS getragen und von Lafontaine und Gysi unterstützt wird. Noch ist nicht alles in trockenen Tüchern, aber die öffentlichen Reaktionen auf ein Wahlbündnis sind beachtlich.

Schon wittern Unternehmer, Bundestagsparteien und ihre Medien eine „Gefahr von links“, sie ahnen, dass linke Alternativen starken Zuspriech und rasche Ausbreitung finden könnten. Und das wäre gut so. Deshalb unterstützt die DKP die Sammlung und Bündelung linker Kräfte zu den Bundestagswahlen im Herbst dieses Jahres.

Bundestagsparteien bereiten ihre Wahlprogramme vor:

Was bisher schon bekannt ist, lässt das Schlimmste befürchten

CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne sind derzeit fieberhaft dabei, ihre Wahlprogramme auszuarbeiten, wobei bekannt ist, dass sowieso nicht alle Karten offen auf den Tisch gelegt werden. Meist werden nur Punkte aufgenommen, die derzeit opportun erscheinen, sobald die Wahlen vorbei sind, machen die Parteien ohnehin was sie wollen. Und oft das Gegenteil dessen, was sie vorher versprochen haben. Insofern lässt das bislang bekannt gewordene bereits das Schlimmste befürchten. Steckt man diese Parteien alle in einen Sack und schlägt drauf, man trifft immer die Richtigen.

Die CDU/CSU strebt nach „weiteren Einschnitten in das soziale Netz“, wie unlängst in der SZ (14.6.05) nachzulesen war. In jedem Falle wolle man aber die „Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum“ in den Mittelpunkt stellen. Wie das geschehen soll, wird an keiner Stelle beantwortet. Nur eins ist dabei klar: Das „Tarif- und Arbeitsrecht müsse gelockert“ und die Lohnnebenkosten „beherzt gesenkt“ werden. Also, wie gehabt: Die Arbeitnehmer noch stärker belasten, um die Unternehmer noch mehr begünstigen zu können.

Mehrwertsteuer-Erhöhung

Dieser Punkt ist derzeit stark in der Diskussion. Von einer Anhebung auf zwanzig Prozent (bisher 16) ist die Rede. CDU, SPD und FDP haben weitgehend Übereinstimmung signalisiert. Allerdings lässt die Saar-CDU wissen, dass sie eine Mehrwertsteuer-Erhöhung mit der Entlastung bei der Einkommenssteuer verknüpfen will. Gerade

das ist jedoch ein Riesenbetrug an der Masse der Rentner und Geringverdiener. Deren Einkommen ist in aller Regel so niedrig, dass sie keine oder kaum Steuern zahlen müssen. Eine Entlastung bei den Steuern würde sie also praktisch nicht betreffen. Doch die Anhebung der Mehrwertsteuer würde sie alle schwer belasten und zu weiteren Einschränkungen in ihrer Lebensführung beitragen.

Wegfall von Zuschlägen

Die Union will die bisher steuerfreien Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge komplett abschaffen. Der Krankenschwester, dem Feuerwehrmann, dem Drucker - Hunderttausenden Menschen, die sonntags oder nachts arbeiten müssen, drohen riesige Löcher im Geldbeutel.

Urlaubskürzung

FDP-Hartmann erwärmt sich für den Vorschlag des Handwerkspräsidenten Kentzler, Krankheitstage von Arbeitnehmern mit dem Urlaub zu verrechnen. Eine Unverschämtheit, gegen den sich breiter Widerstand der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften entwickeln muss.

Das sind nur einige Beispiele, die in nächster Zeit auf uns zukommen. Dabei nicht berücksichtigt sind die Müllgebühren im Saarland, die sich ab 2006 drastisch erhöhen sollen. Von anderen Belastungen ganz zu schweigen.

Keine dieser Parteien will an die ganz Reichen heran, um das Geld dort zu holen, wo es massig vorhanden ist. Rund 760.000 Supermillionäre gibt es allein in Deutschland. Hier müsste endlich einmal kassiert werden, sei es durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder andere Maßnahmen. Auch deshalb ist eine Alternative bei der Wahl unerlässlich.





Ein Fest, das man nicht vermissen möchte

Es war die zweite Auflage des Früh-Links-Festes der DKP und erneut bot die Fischerhütte im Kesselfeld ein angenehmes Ambiente. Trotz mehrfacher Regenschauer ließen es sich die Besucher gut gehen (Fotos oben und mitte), schließlich bot die Überdachung ausreichend Schutz vor den zeitweiligen Wetterunbilden.

Dass man mit den Kommunisten gut feiern kann, wurde auch diesmal erneut unter Beweis gestellt und im Grunde war es ein DKP-Fest wie viele andere vorher. Dennoch war da etwas, was man nur bei einem Früh-Links-Fest finden kann: Viele unmittelbare Kontakte mit den Ratsmitgliedern der DKP und unzählige Gespräche über aktuelle politische Fragen, wie sie beispielsweise der Fraktionsvorsitzende mit den Besuchern (Foto unten) führte.

An Gesprächsstoff hat es nicht gemangelt. Neben Problemen der Kommunalpolitik kam man auch schnell auf die allgemeine politische Lage zu sprechen, denn ein Tag vor den Landtagswahlen in NRW, wo die Abstrafung der Kanzlerpartei bereits abzusehen war, bot sich das geradezu an. So wurde natürlich auch über Zukunftsperspektiven debattiert und dabei die Rolle einer linken Alternative besprochen. Allerdings konnte damals noch niemand ahnen, dass schon im Herbst vorgezogene Bundestagswahlen stattfinden sollen und dabei eine linke Wahlalternative eine reale Chance haben könnte.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Don-Bosco-Schulanlage in Etzenhofen. Vor zweieinhalb Jahren hat dieses Thema die Gemüter in Köllerbach stark erhitzt. Aber die CDU wollte partout diese Schule in unserer Stadt etablieren, sie hat das Bebauungsplanverfahren auf den Weg gebracht. Schon damals hat die DKP gewarnt und ein konsequentes Nein verkündet. Wie recht sie gehabt hat, wird in diesen Tagen deutlich, wo der Don-Bosco-Schulverein in Saarbrücken negative Schlagzeilen macht. An der dortigen Herz-Jesu-Schule sollen Schulkinder von ihren Erziehern geprügelt worden sein. Selbst von Teufelsaustreibung ist die Rede. Inzwischen wird von amtlicher Seite die Schließung dieser Schule geprüft. Ob die CDU jetzt noch froh über ihre damalige Entscheidung ist?

*

Der Fanfarenzug Rot-Weiß kann an diesem Wochenende sein 30-jähriges Bestehen feiern. An der Burgruine Köllerbach, die dafür eine prächtige Kulisse bietet, werden etwa 17 Fanfarenzüge und Musikvereine aus nah und fern erwartet. Die DKP entbietet herzliche Glückwünsche zum Jubiläum.

Frankreich und Niederlande lehnen die EU-Verfassung ab:

Ein Kinnhaken für Leinen und Co.

Auch noch so fromme Wünsche und Stoßgebete des Köllerbacher Europa-Abgeordneten Jo Leinen konnten nicht verhindern, dass die Mehrheit der französischen Wähler am 29. Mai eine deutliches NEIN zur EU-Verfassung gesagt hat. Nur drei Tage später votierten die Niederländer ebenfalls gegen das Verfassungswerk. Spürbare Kinnhaken für die neoliberalen Strategen!

Es wirft ein erhellendes Licht auf das Demokratieverständnis der Brüsseler Bürokraten, dass sie trotz der schmerzhaften Niederlage nicht aufgeben wollen. Auch Jo Leinen, als Präsident des EU-Verfassungsausschusses federführend an der Erarbeitung des Vertragswerkes beteiligt, will die Ergebnisse der Volksabstimmungen nicht respektieren. Er sieht in der Europäischen Verfassung einen „notwendigen und richtigen Schritt“.

Der Ausgang des französischen Referendums war eigentlich abzusehen, denn je eingehender die Franzosen sich während der vergangenen Monate über den konkreten Inhalt des Vertrags informiert hatten, desto massiver hatte das Nein zugelegt. Und das, obwohl alle in der französischen Nationalversammlung vertretenen Fraktionen - mit Ausnahme der Kommunisten - dazu aufgerufen hatten, dem Vertrag zuzustimmen.

Schon die Tatsache, dass in Frankreich und den Niederlanden das Volk über die Verfassung abstimmen konnte, zeigt den gesellschaftlichen Fortschritt dieser Völker gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl gesetzlich formuliert ist, dass das Grundgesetz

nach Vollendung der Einheit seine Gültigkeit an dem Tag verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“ worden ist, sind wir bisher weder über das Grundgesetz noch über die Europäische Verfassung befragt worden. Bundesregierung und Bundestag haben offensichtlich Angst vor den Wählern, diese könnten dem Europa der Monopole die Gefolgschaft verweigern.

Das französische Nein nährt die Hoffnung, dass nun auch andere europäische Völker sich trauen werden, das neoliberale Europa des Kapitals in Frage zu stellen und laut und deutlich Nein zu diesem Verfassungsvertrag zu sagen. Das ist keine Niederlage für Europa, sondern eine Chance für eine demokratische, friedliche und soziale Alternative in Europa.

Argumente, die das „Nein“ gegen die EU-Verfassung beeinflussten:

* Die Verfassung sieht vor, die öffentlichen Dienste zu privatisieren und für die Konkurrenz zu öffnen, öffentliche Beihilfen sind verboten. Es ist das Ende der öffentlichen Dienste, der Dienst am Menschen wird in eine Ware verwandelt.

* Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf soziale Sicherheit - Keines dieser Rechte ist im Verfassungsentwurf anerkannt. Er respektiert lediglich das „Recht zu arbeiten“, was nichts mit dem Recht auf Arbeit (in der französ. Verfassung) zu tun hat. Das Recht auf Wohnung ist umgewandelt in ein Recht auf „Unterstützung für die Wohnung“. Was das Recht auf Zugang zu Leistungen der sozialen



Mißachtung des Wählerwillens

Kaum war das französische Referendum vorbei, wurde bereits eine neue Sprachregelung gefunden. Auch die Presse versuchte die Abstimmung herunterzureden: Man müsse das Ergebnis in erster Linie als innenpolitisches Ereignis, als „rote Karte“ für die konservative französische Regierung Raffarin werten.

Die Nein-Kampagne habe eine Panikstimmung erzeugt, die Wähler seien nicht informiert gewesen, das geschrieben ausgerechnet jene Soldschreiber des Kapitals, die es angestrengt vermieden haben, die deutschen Leserinnen und Leser über Details und Konsequenzen des Vertrags zu informieren.

Ins gleiche Horn blies Jo Leinen (SPD). Für ihn war die Abstimmung „eher ein Plebiszit über Staatspräsident Chirac und die Regierung Raffarin als ein Referendum über die Verfassung“ (SZ vom 31. Mai 2005). Frankreich solle daher nach einer „Bedenkzeit“ eine „zweite Chance“ erhalten. Leinen steht damit in Gefolgschaft von Valérie Giscard d'Estaing, dem früheren Staatspräsident und „Vater“ des Verfassungsentwurfs, der ein zweites Referendum in Frankreich nicht ausschließen will. So nach dem Motto: Wählen, bis es klappt.



Ein DKP-Plakat aus dem Europawahlkampf im vergangenen Jahr, das immer noch aktuell ist.

Sicherheit und zu sozialen Diensten angeht (in Staaten, in denen sie existieren!), beschränkt sich der Verfassungsentwurf lediglich darauf, sie „anzuerkennen und zu respektieren“.

* Jeder Staat der Europäischen Union hat die Verpflichtung, seinen Militärbudget zu erhöhen.

* Europäische Kommission und der Ministerrat schlagen die Gesetze vor, das Europäische Parlament, das immerhin gewählt wird, hat keine Möglichkeiten dazu.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck